

FDP-Präsidentin Petra Gössli

1. Seit 2011/2012 sind gegen Syrien drakonische Sanktionen in Kraft, die nicht von der UNO legitimiert sind. Der Bundesrat lehnt nicht nur eine Anpassung seiner Sanktionspolitik, sondern auch eine genaue Überprüfung der Auswirkungen auf die syrische Zivilbevölkerung ab. Dabei gibt es zahlreiche Berichte – jüngst von UNO-Sonderberichterstatter Idriss Jazairy –, die überzeugend darlegen, dass die Sanktionen das Leben der Syrerinnen und Syrer massiv beeinträchtigen und zur Emigration beitragen. Wie ist Ihre Haltung zu den Sanktionen gegen Syrien und zur Position des Bundesrats?

Der Bundesrat hat sich den Sanktionen der EU angeschlossen, was der gängigen Praxis und dem Gesetz entspricht. Die Sanktionen der Schweiz betreffen militärische und technologische Güter sowie Finanz- und Reisesanktionen. Der Bundesrat hält klar fest, dass die Sanktionen nicht negative humanitäre Auswirkungen zeitigen sollen, was auch die FDP klar unterstützt. Das Ziel der Sanktionen ist politisch: Das Regime soll zu einer politischen Lösung des Konflikts bewogen werden. Um zu verhindern, dass sich die humanitäre Situation aufgrund der Sanktionen zusätzlich verschärft, gibt es Ausnahmen. Humanitäre Hilfsaktionen sollen nicht behindert werden, Nahrungsmittel und Medikamente unterstehen nicht den Sanktionen. Darum unterstützen wir die Einschätzung und Massnahmen des Bundesrats.

Grundsätzlich ist festzuhalten: Verantwortlich für das unermessliche Leid der syrischen Bevölkerung sind in erster Linie der syrische Machthaber sowie andere im Bürgerkrieg involvierte Gruppen, die Gräueltaten an der Zivilbevölkerung verüben. Die Sanktionen sind nicht die Ursache für das Leid der syrischen Bevölkerung, sondern die Antwort darauf.

2. Was tut Ihre Partei für die Syrerinnen und Syrer, insbesondere in Syrien selbst?

Für uns ist die Hilfe vor Ort wichtig, weshalb wir uns auch in der Beratung der IZA-Botschaft für eine Stärkung der Hilfe vor Ort und der humanitären Hilfe eingesetzt haben. Der Bundesrat hat in den letzten Jahren mehrfach die Aufnahme von besonders verwundbaren Personen beschlossen, was die FDP unterstützt.